

Vorwort

„Regieren und Verwalten im Informationszeitalter“ haben Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Gesellschaft für Informatik e.V. ihre sechste gemeinsame Tagung vom 15. bis 17. März 2000 in Speyer genannt. Dieser Begriff schien uns treffender als das Modewort „Electronic Government“, das aber gleichwohl unaufhaltsam dabei ist, sich weltweit durchzusetzen.

Regierung und Verwaltung werden ja aber nicht „elektronisch“. Elektronisch ist nur eine ihrer Arbeitsgrundlagen geworden. Allerdings: Das Wörtchen „nur“ ist dabei aus doppeltem Grund in Anführungszeichen zu setzen. Zum einen betrifft die Digitalisierung von Entscheidungsgrundlagen wie Akten, Daten oder Vorgänge eine Arbeitsgrundlage, welche für die öffentliche Verwaltung besonders wesentlich ist, ja, diese geradezu charakterisiert. Zum andern wohnt den uns mittlerweile zu Gebote stehenden Informationstechnologien ein ausserordentlich hohes Veränderungspotenzial inne, dessen Ausschöpfung Regierung und Verwaltung in Struktur und Ablauf mit einer Kraft umgestalten würde, die man getrost als revolutionär bezeichnen darf.

Der Aspekte sind viele. Vom Standpunkt der „neuen Erreichbarkeit“ von Personen, Daten, Programmen und Objekten aus betrachtet, geraten Telekooperation, Wissensmanagement, Optimierung von Wertschöpfungsketten sowie Facility Management in das Blickfeld. Vom Standpunkt der „neuen Gestaltbarkeit“ durch die zunehmende Erosion der einschränkenden Wirkung von Raum, Zeit und Organisation aus betrachtet, treten Bürgerbüros und weitere neuartige Anlaufstellen zur Verwaltung, Behörden mit Öffnungszeiten rund um die Uhr, One-stop Agencies, Portale, Lebenslagenorganisation und andere Erscheinungsformen einer „virtuellen Verwaltung“ auf den Plan. Televerwaltung mit den Nutzungsformen Information, Kommunikation und Transaktion, ein bisher unbekanntes Ausmaß an möglicher Verwaltungstransparenz mit neuen Herausforderungen für die Partizipation sowie, last not least, Systematisierung und Rationalisierung der „Verwaltungsmaschinerie“ sind weitere Dimensionen, anhand derer sich „Electronic Government“ betrachten lässt.

Sie alle und viele weitere (wie eine neue Verletzlichkeit von Staat und Gesellschaft, Rechtssicherheit im Internet, digitale Signaturen und ihre Folgen für Regierung und Verwaltung, die Bedeutung der Informationstechnologien für die Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor, die Rolle der Rechenzentren im Informationszeitalter oder das Management von Technik und Wissen) waren Gegenstand der 68. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung und sind in diesem Band dokumentiert.

Insgesamt 53 Einzelbeiträge geben die Vorträge und Diskussionen dieser Veranstaltung wieder, die mit 430 Teilnehmern und fünf Ausstellungen die Raumkapazität am Veranstaltungsort ausschöpfte.

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer solchen Tagung erfordern zahlreiche ideenreiche und hilfreiche Köpfe und Hände. Ihnen allen sei herzlich gedankt, wenngleich hier nur wenige herausgehoben werden können.

Dem Programmausschuss aus Mitgliedern des Fachbereichs 6 der Gesellschaft für Informatik („Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung“) ist zu danken, nämlich *Andreas Engel, Herbert Fiedler, Willy Landsberg, Gert Lang-Lendorff, Gerhard Lutz, Heinrich Reinermann, Karl Tramer* und *Roland Traunmüller*.

Marion Pfundstein, Hans-Peter Wabro und *Wilfried Frankenbach* haben den örtlichen Tagungsleiter und Herausgeber dieses Bandes tatkräftig unterstützt, wobei bei Letzerem auch Layout und Satz wieder in den besten Händen lagen. Allen dreien meinen herzlichen Dank!

Annette Brandenburg vom Decker's Verlag hat den vorliegenden Band von seiner Entstehung bis zu seiner Verbreitung konstruktiv begleitet, wofür ebenfalls Dank gesagt sei.

Speyer, im Juni 2000

Heinrich Reinermann